

Globale Politische Ökonomie

Axel Gehring

# Vom Mythos des starken Staates und der europäischen Integration der Türkei

Über eine Ökonomie an der Peripherie  
des euro-atlantischen Raumes



Springer VS

---

# Globale Politische Ökonomie

## **Reihe herausgegeben von**

Brigitte Young, Münster, Deutschland

Hans-Jürgen Bieling, Tübingen, Deutschland

Oliver Kessler, Erfurt, Deutschland

Andreas Nölke, Frankfurt am Main, Deutschland

Im Zuge der beschleunigten Globalisierung seit den 1970er Jahren ist ein neues interdisziplinäres Forschungs- und Diskussionsgebiet entstanden, das als Globale Politische Ökonomie (GPÖ) bezeichnet wird. Die GPÖ markiert ein Schnittfeld, auf dem sich eine Vielzahl sozialwissenschaftlicher Disziplinen – von der Politik- und Wirtschaftswissenschaft, über die Soziologie und Geschichtswissenschaft bis hin zur Geographie und Rechtswissenschaft – begegnen und sich in der Analyse inter- und transnationale politökonomischer Phänomene wechselseitig befruchten und inspirieren. In der jüngeren Vergangenheit haben sich mehrere, jeweils spezifisch zugeschnittene Analyseperspektiven herauskristallisiert, die ihre Aufmerksamkeit auf das Zusammenspiel von Produktion, Marktorganisation und politischer Regulierung unter Einschluss von politisch-soziologischen Machtverhältnissen, zivilgesellschaftlichen Kooperations- und Kommunikationsformen oder rechtlich-institutionellen Verfahren richten. Mit anderen Worten, die GPÖ befasst sich in der Analyse des globalen bzw. globalisierten Kapitalismus nicht zuletzt mit den vielfältigen materiellen und diskursiven Konflikten, die diesem eingeschrieben sind. Dies signalisiert, dass die Buchreihe bestrebt ist, ein breites Spektrum an Studien zu Wort kommen zu lassen, die unterschiedliche theoretische und methodische Zugänge abbilden. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit geht es unter anderem um folgende Schwerpunkte:

- Historische Entwicklungslinien spezifischer Gegenstandsbereiche;
- Kritik und/oder Weiterentwicklung etablierter politökonomischer Theoreme, Paradigmen oder Kapitalismus-Konzeptionen;
- Feministisch-ökonomische Ansätze der Interaktion von globalen, lokalen und regionalen Wirtschafts- bzw. Entwicklungsprozessen;
- Wandel globaler Kräfteverhältnisse, d. h. politökonomischer Machtbeziehungen und staatlicher Organisationsmuster;
- Internationale Arbeitsteilung und Entwicklung der Nord-Süd-Beziehungen;
- Genese und Funktionsweise internationaler oder globaler Institutionen und Regime (Produktion, Handel, Finanzmärkte, Sicherheit, Umwelt, Energieversorgung etc.) sowie hierauf bezogener transnationaler Netzwerke;
- Regionale Integrationsprozesse sowie diese prägende Institutionen, Akteure und Kräfteverhältnisse;
- Grenzüberschreitende politökonomische Krisen, vor allem Verschuldungs-, Finanz- oder Stagnationskrisen;
- Globalisierung und Globalisierungskritik unter Einschluss globalisierter Kulturbeziehungen.

Ein wesentliches Ziel der Buchreihe besteht darin, die vielfältigen Analyseperspektiven der GPÖ nicht nur darzustellen, sondern auch kommunikativ miteinander zu vernetzen. In diesem Sinne sind auch Vorschläge für interdisziplinär angelegte und kohärent strukturierte Sammelbände willkommen. Publikationsideen und Manuskripte nehmen die HerausgeberInnen entgegen.

Weitere Bände in der Reihe <http://www.springer.com/series/12176>

---

Axel Gehring

# Vom Mythos des starken Staates und der europäischen Integration der Türkei

Über eine Ökonomie an der  
Peripherie des euro-atlantischen  
Raumes

 Springer VS

Axel Gehring  
Institut für Politikwissenschaft  
Philipps-Universität Marburg  
Marburg, Deutschland

Dissertation am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie der  
Philipps-Universität Marburg, 2017

Gefördert durch ein Promotionsstipendium der Rosa-Luxemburg-Stiftung

ISSN 2625-8749

ISSN 2625-8757 (electronic)

Globale Politische Ökonomie

ISBN 978-3-658-24571-9

ISBN 978-3-658-24572-6 (eBook)

<https://doi.org/10.1007/978-3-658-24572-6>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2019

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

---

## Vorbemerkung

Jedwede Wissensproduktion ist eine kollaborative Bemühung und findet nicht im gesellschaftlichen Vakuum statt. Die Bedingungen für die kollaborative Produktion gegenhegemonialen Wissens sind in der Türkei unter massiven Druck geraten.

Einige Beobachter\_innen nehmen dies seit kurzem zur Kenntnis. Doch dieser Prozess begann schon in jenen Jahren, in denen das politische Projekt der regierenden Partei – gerade in europäischen Öffentlichkeiten – als ihre Projektionsfläche für liberaldemokratischen Wandel fungierte. Nicht wenige, die – seit etwa 2013 – Besorgnis über ‚wachsenden Autoritarismus‘ in der Türkei äußern, haben zuvor jene autoritäre Transformation als Demokratisierungsprojekt aufgefasst und zuweilen sogar aktiv an ihr Teil gehabt.

Diese Diskrepanz zwischen hegemonialer Projektion und bereits erkennbarer autoritärer Transformation hatte mich – von Ende der 2000er Jahre an – dazu veranlasst, diesen Prozess historisch zu kontextualisieren. Also nicht stehen zu bleiben bei der Dekonstruktion derartiger Projektionen, sondern akribisch jenen gesellschaftlichen Prozess offenzulegen, der durch solche Projektionen verschüttet wurde.

Während diese Arbeit nur den Zeitraum bis Ende 2013 in den Fokus nimmt und damit im Grunde jene sehr lange so positiv verklärten Entwicklungen analysiert, auf deren Schultern der gegenwärtige Autoritarismus in der Türkei wütet, ist ein Ende seiner Radikalisierung gegenwärtig nicht absehbar. Eine klassische Danksagung an jene, die Teil dieses kollaborativen Prozesses waren, ist deshalb wohlmöglich unangemessen. Sie würde eine Freiheit suggerieren, die längst nicht mehr besteht.

So bleibt mir letztlich nur, einer Institution, der Rosa Luxemburg Stiftung, zu danken, die dieses Projekt in der Form eines Promotionsstipendiums und auch darüber hinaus förderte. Entstanden ist diese Arbeit am Fachbereich Gesellschaftswissen und Philosophie der Philipps-Universität Marburg. Er bot in den Jahren bleierner AKP-Hegemonie eine kleine Lücke für die Produktion gegenhegemonialen Wissens.

Marburg  
den 10. September 2018

---

# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Wider den türkischen Staatsmythos – Europa als Klassenstrategie in der Türkei. . . . .</b>	<b>1</b>
1.1	Wer soll die Türkei jetzt nach Europa führen? . . . . .	1
1.2	Es fehlt eine systematische Rekonstruktion der Türkei-EU-Beziehungen . . . . .	5
1.3	Akteur_innen im Lichte von gramscianischer Hegemonie- und materialistischer Staatstheorie . . . . .	9
1.4	Wider den türkischen Staatsmythos. . . . .	12
1.5	Aufbau dieser Monografie . . . . .	18
<b>2</b>	<b>Klassen- und Staatshandeln als artikulierende Praxen. . . . .</b>	<b>29</b>
2.1	Historischer Materialismus – Ein strategischer Essenzialismus als heuristischer Ausgangspunkt. . . . .	30
2.2	Klasse – ein antagonistisch bestimmtes Produktionsverhältnis. . . . .	31
2.3	Staat und Identität – von der Konstituierung der Verkehrsform . . . . .	33
2.4	Popular-demokratische Anrufung . . . . .	36
2.5	Hegemonie als artikulierende Praxis der Bearbeitung von Widersprüchen. . . . .	37
2.6	Eigentum und Staat – eine Annäherung an das Lohnverhältnis . . . . .	41
2.7	Vom Kapitalverhältnis und kapitalinduzierten Dynamiken . . . . .	43
2.8	Legitimität und Materialität des Staates als Problem der Regulation . . . . .	50
2.9	Verbindung der Dimensionen sozialen und politischen Handelns: Hegemoniale Projekte. . . . .	51



<b>3</b>	<b>Staatszentrierte Entwicklung oder Rahmen der produktiven Welt? Die Gründungsjahre der Republik . . . . .</b>	<b>57</b>
3.1	Vom Wirtschaftskongress von İzmir im Februar 1923 bis zur Gründung der Republik im Oktober 1923 . . . . .	60
3.2	Ökonomische Entwicklungen 1923 bis 1929. . . . .	63
3.3	Die kulturellen Reformen: Beendigung eines Machtkampfes oder Gesellschaftsprojekt? . . . . .	65
3.4	Zwischenfazit: Die Reformen der zwanziger Jahre – ad hoc entstanden, aber Kondensationskeim einer Politik passiver Revolutionierung . . . . .	68
3.5	Konstitution des Etatismus als Krisenstrategie . . . . .	69
3.6	Etatismus-Kemalismus als Projekt passiver Revolutionierung . . . . .	72
3.7	Ausdehnung und Grenzen des kemalistischen Projektes. . . . .	74
3.8	Ökonomie und Klassenformation während des Zweiten Weltkriegs und die Folgen . . . . .	79
3.9	Desintegration des kemalistischen Projektes . . . . .	80
<b>4</b>	<b>Internationalisierung der Klassenformation – Internationalisierung des Staates. Die Türkei fügt sich in die Nachkriegsordnung ein . . . . .</b>	<b>83</b>
4.1	Zur Konstitution einer transatlantisch-fordistischen (Welt-)Ordnung der frühen Nachkriegszeit . . . . .	83
4.2	Der Übergang zum Mehrparteiensystem und die Suche nach einem neuen hegemonialen Projekt . . . . .	86
4.3	Zur ökonomischen und institutionellen Integration der Türkei in die transatlantische (Welt-)Ordnung der frühen Nachkriegszeit . . . . .	89
4.4	Embedded Liberalism und Economic Adjustment: Die Türkei in der Peripherie der (frühen) fordistisch-transatlantischen Weltordnung . . . . .	91
4.5	Frühe Tendenzen der Transition der Handels- zur Industriebourgeoisie und die Bildung von Konglomeraten. . . . .	95
4.6	Aufstieg der Demokrat Parti . . . . .	98
4.7	Die artikulatorische Macht der DP und ihr Wahlsieg 1950 . . . . .	101

4.8	Entwicklung, Ökonomie und Wirtschaftspolitik unter der DP-Regierung bis 1954. ....	103
4.9	Wirtschaftskrise 1954. ....	106
4.10	Konkurrierende Politiken der Krisenbewältigung ab 1954. ....	107
4.11	Strategische Konzeptionen der Konglomerate am Vorabend der IWF-Strukturanpassung. ....	109
4.12	Europäische Integration am Vorabend der Türkei-EWG-Assoziation. ....	111
4.13	Hintergründe des türkischen Antrags auf Assoziierung mit der EWG 1959. ....	114
<b>5</b>	<b>Importsubstitution – Soziale Kämpfe um eine produktive Welt an der transatlantisch-europäischen Peripherie 1960 bis 1980. ....</b>	<b>117</b>
5.1	Artikulation der Widersprüche: Vom DP-Projekt und seinen Grenzen zum Putsch vom 27. Mai 1960. ....	117
5.2	Kämpfe um Planung. ....	127
5.3	Erste Planentwürfe der DPT-Planer_innen. ....	129
5.4	Die Konglomerate im Kampf. ....	133
5.5	Entwicklungsplanung ab 1967 – Eine hegemoniale Praxis der Konglomerate. ....	136
5.6	Beginnende Selbstmobilisierung der Lohnarbeitenden und Genese einer politischen Linken. ....	140
5.7	Charakteristika der industriellen Expansion unter dem ISI-Regime. ....	145
5.8	Chronisch negative Handelsbilanz und wachsende Abhängigkeit von außen. ....	153
5.9	Weiterentwicklung der Türkei-EG-Assoziation als Praxis des Klassenkampfes. ....	155
5.10	Verhandlungen und Einigung auf das Zusatzprotokoll zur Türkei-EWG-Assoziation. ....	160
5.11	Grenzen der Liberalisierung als Grenzen der EWG/EG: Finanzierung der ISI als hegemoniale Konzession im Kalten Krieg. ....	163
5.12	Spannungen im Machtblock und der Aufstieg des politischen Islam. ....	167

5.13	Verschärfung der politischen und ökonomischen Krisentendenzen: Der Weg zur Intervention der Streitkräfte am 12. März 1971 . . . . .	174
5.14	Kämpfe um den Übergang zur komplexen ISI: Wirtschafts- und Europapolitik der ‚technokratischen‘ Regierungen . . . . .	180
5.15	Rechtskonservative Verfassungsreformen . . . . .	185
5.16	Die CHP ‚links von der Mitte‘: Gegenhegemoniale (Regierungs-)Politik und ihre Grenzen . . . . .	187
5.17	1972 bis 1979: Ökonomische Erosion und von außen induzierter Kollaps der ISI . . . . .	197
5.18	Artikulation der Widersprüche und der Putsch des 12. Septembers 1980 . . . . .	208
<b>6</b>	<b>Etablierung einer neoliberalen Welt an der transatlantisch-europäischen Peripherie seit 1980. Das liberal-konservative Bündnis und sein Weg nach ‚Europa‘? . . . . .</b>	<b>215</b>
6.1	Vom Putsch des 27. Mai 1960 zum Putsch des 12. September 1980. Europa und die Artikulation der ISI-Widersprüche . . . . .	215
6.2	Auf dem Weg nach Europa: Politische Ökonomie der Neoliberalisierung des Außenhandels und deren Einbettung in die Weltordnung . . . . .	227
6.3	Reaktivierung der Beziehungen zur EG im Ersuchen um Mitgliedschaft . . . . .	234
6.4	Anstelle einer türkischen Mitgliedschaft: Der Weg zur Zollunion als Weg der weiteren Neoliberalisierung. . . . .	238
6.5	Klassenkampf und Kapitalmarktöffnung: Konstitution der finanzmarktgetriebenen Akkumulationsweise zwischen Boom und Bust. . . . .	247
6.6	Neuartikulation der Klassenbeziehungen: Vom Wirken des politischen Islam, dem Ende der Refah und der Katharsis des politischen Islam . . . . .	255

<b>7</b>	<b>Zwischen formeller Demokratisierung und neoliberaler Strukturanpassung – Das EU-Beitrittsprojekt. . . . .</b>	<b>277</b>
7.1	Diskursive Momente der neoliberalen Hegemonie nach 1980 . . . . .	277
7.2	Beiprodukt sicherheitspolitischer Interessen: Der EU-Gipfel von Helsinki macht die Türkei zur Beitrittskandidatin . . . . .	288
7.3	1998-2001: Finanzialisierung und Krise(n): Interessen der führenden Kapitalfraktionen und Reformulierung des türkischen Neoliberalismus bis zur großen Krise von 2001. . . . .	291
7.4	Der Weg aus der Krise: Strukturanpassung und externe Regulierung als hegemoniale Praxis der führenden Konglomerate . . . . .	299
7.5	Absorption von Widerständen gegen die Reform durch Demokratisierungsperspektive. . . . .	304
7.6	Zwischenfazit: Artikulatorische Macht der EU-Beitrittsperspektive . . . . .	312
7.7	Lohn für Neoliberalisierung: Politische Reformen der DSP-ANAP-MHP-Regierung . . . . .	314
7.8	Transformismo und Katharsis: Auf dem Weg zum Sieg der AKP . . . . .	322
<b>8</b>	<b>Kollektive Fürstin AKP oder EU? . . . . .</b>	<b>337</b>
8.1	Handlungsrestriktionen als Grundlage des Handelns – Neoliberale Expansion und Übernahme des EU-Projektes unter der Ägide der AKP. . . . .	340
8.2	Gesellschaftliche-kulturelle Polarisierung und der Kampf um die Einheit der Staatsapparate . . . . .	354
8.3	Krise der Beitrittsperspektive ab 2007. . . . .	367
8.4	Strukturelle Probleme der neoliberalen Expansion und ökonomische Krisentendenzen seit 2007 . . . . .	374
8.5	Widerstreit der regulativen Paradigmen: ,Osmanisch'-populistischer Neoliberalismus versus neoliberale Regulation nach dem Diktum des Post-Washington-Konsensus . . . . .	380
8.6	Grenzen der Europäisierung oder Verteidigung der Ordnung? Europa und die Revolte von Gezi . . . . .	404

---

<b>9</b>	<b>Jenseits einer staatszentrierten Entwicklung – Europäisierte Regulation in der Türkei</b> .....	423
9.1	Der Staatsmythos im Kontext gesellschaftlicher Kämpfe im und um den Staat. ....	425
9.2	Die Bedeutung des EU-Projektes für die mythische Rekonstruktion der Hegemonie .....	428
9.3	Bedeutung des EU-Projektes für die Europäisierung der Regulation in der Türkei .....	429
9.4	Auf den Schultern des EU-Projektes? Populistischer Autoritarismus und Flexibilisierung des Post-Washington-Paradigmas unter Ägide der AKP .....	431
9.5	Von der EU nicht goutiert – Gezi und die Zuspitzung der Widersprüche des AKP-Projektes .....	434
<b>10</b>	<b>Epilog</b> .....	437
	<b>Literatur.</b> .....	439

---

# Abkürzungsverzeichnis

Acquis	Acquis Communautaire (Gemeinsamer Besitzstand)
AKP	Adalet ve Kalkınma Partisi (Gerechtigkeits und Entwicklungspartei)
ANAP	Anavatan Partisi (Mutterlandspartei)
AP	Adalet Partisi (Gerechtigkeitspartei)
BDI	Bund der Deutschen Industrie
BDP	Barış ve Demokrasi Partisi (Partei des Friedens und der Demokratie)
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BSP	Bruttosozialprodukt
CDU	Christlich Demokratische Union
CGP	Cumhuriyetçi Güven Partisi (Republikanische Vertrauenspartei)
CHP	Cumhuriyet Halk Partisi (Republikanische Volkspartei)
CKMP	Cumhuriyetçi Köylü Millet Partisi (Republikanische Bauern- und Volkspartei)
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
CU	Customs Union (Zollunion)
DECA	Defense and Economic Agreement
DEHAP	Demokratik Halk Partisi (Demokratische Volkspartei)
DGM	Devlet Güvenlik Mahkemeleri (Staatssicherheitsgerichte)
DİSK	Devrimci İşçi Sendikaları Konfederasyonu (Konföderation der revolutionären Arbeiter_innengewerkschaften)
Diyanet	Diyanet İşleri Başkanlığı (Präsidium für Religiöse Angelegenheiten)
DP	Demokrat Parti (Demokratische Partei) aktiv 1946–1960

DP	Demokratik Parti (Demokratische Partei) aktiv 1970–1980
DPT	Devlet Planlama Teşkilatı (Staatliche Planbehörde)
DSP	Demokratik Sol Partisi (Demokratische Linkspartei)
DTP	Demokrat Türkiye Partisi
DYP	Doğru Yol Partisi (Partei des rechten Weges)
ECU	European Currency Unit
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EP	Europäisches Parlament
ERP	European Recovery Program
ERRF	European Rapid Reaction Forces
ERT	European Round Table of Industrialists
ESDP	European Security and Defence Policy
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
EU	Europäische Union
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDI	Foreign Direct Investments
FP	Fazilet Partisi (Tugendpartei)
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GEPG	Güçlü Ekonomiye Geçiş Programı (Programm zum Übergang in eine starke Ökonomie)
Hak-İş	Hak İşçi Sendikaları Konfederasyonu (Konföderation der Gerechten Arbeiter_innen Gewerkschaften)
HSBC	Hongkong & Shanghai Banking Corporation
HSYK	Hâkimler ve Savcılar Yüksek Kurulu (Hoher Rat der Richter_innen und Staatsanwält_innen)
İHH	İnsan Hak ve Hürriyetleri ve İnsani Yardım Vakfı (Stiftung für Menschenrechte, Freiheiten und Humanitäre Hilfe)
İKV	İktisadi Kalkınma Vakfı (Stiftung für ökonomische Entwicklung)
ILO	International Labor Organization
ISI	Importsubstituierende Industrialisierung
İSO	İstanbul Sanayi Odası (İstanbul Industriekammer)
İTO	İstanbul Ticaret Odası (İstanbul Handelskammer)
IWF	Internationaler Währungsfonds
KCK	Koma Civakên Kurdistan (Union der Gemeinschaften Kurdistans)

KHK	Kanun Hükümünde Kararname (Verordnungen mit Rechtskraft)
KOSGEB	Küçük ve Orta Ölçekli İşletmeleri Geliştirme ve Destekleme İdaresi Başkanlığı (Small and Medium Industry Development Organisation)
MBK	Milli Birlik Komitesi (Komitee der Nationalen Einheit)
MGK	Milli Güvenlik Kurulu (Nationaler Sicherheitsrat)
MHP	Milliyetçi Hareket Partisi (Partei der Nationalistischen Bewegung)
Milli Görüş	Milli Görüş Hareketi (Bewegung des nationalen Blicks)
MNP	Milli Nizam Partisi (Partei der nationalen Ordnung)
MSP	Milli Selamet Partisi (Nationale Heilspartei)
MÜSİAD	Müstakil Sanayici ve İşadamları Derneği (Vereinigung der unabhängigen Industriellen und Geschäftsleute)
NAFTA	North American Free Trade Agreement
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NGO	Non Governmental Organization
NYSE	New York Stock Exchange
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OEEC	Organization for European Economic Cooperation
OYAK	Ordu Yardımlaşma Kurumu (Unterstützungsfond der Armee)
PKK	Partiya Karkaren Kurdistan (Arbeiterpartei Kurdistans)
RP	Refah Partisi (Wohlfahrtspartei)
RTÜK	Radyo ve Televizyon Üst Kurulu (Oberster Rundfunk- und Fernsehrat)
SBK	Silahlı Kuvvetler Birliği (Union der Streitkräfte)
SHP	Sosyaldemokrat Halkçı Parti (Sozialdemokratische Volkspartei)
SIAD	Sanayici ve İşadamları Dernekleri
SME	Small and Medium Enterprises
SP	Saadet Partisi (Wohlergehenspartei)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
TCF	Terakkiperver Cumhuriyet Fırkası (Fortschrittliche Republikanische Partei)
TEPAV	Türkiye Ekonomi Politikaları Araştırma Vakfı (Economic Policy Research Foundation of Turkey)
TESEV	Türkiye Ekonomik ve Sosyal Etüdler Vakfı (Türkische Stiftung für ökonomische und soziale Studien)
THKP-C	Türkiye Halk Kurtuluş Partisi-Cephesi (Türkische Volksbefreiungspartei-Front)
TİP	Türkiye İşçi Partisi (Arbeiterpartei der Türkei)



TİSK	Türkiye İşveren Sendikaları Konferasyonu (Konföderation der Arbeitgeber_innenverbände der Türkei)
TKP	Türkiye Komünist Partisi
TOBB	Türkiye Odalar ve Borsalar Birliđi (Union der Kammern und Börsen der Türkei)
TOKİ	Toplu Konut İdaresi Başkanlığı (Direktorat für die Verwaltung öffentlicher Behausung)
TSE	Türk Standardları Enstitüsü (Turkish Standards Institution)
TTIP	Transatlantic Trade and Investment Partnership Agreement
TÜBİTAK	Türkiye Bilimsel ve Teknolojik Araştırma Kurumu (Türkische Anstalt für Wissenschaftliche und Technologische Forschung)
TÜİK	Türkiye İstatistik Kurumu (Statistikrat der Türkei)
TÜRK-İş	Türkiye İşçi Sendikaları Konfederasyonu (Konföderation der türkischen Arbeiter_innengewerkschaften)
TÜSİAD	Türkiye Sanayiciler ve İşadamları Derneđi (Vereinigung der Industriellen und Geschäftsleute der Türkei)
TUSKON	Türkiye İşadamları ve Sanayiciler Konfederasyonu (Konföderation der Geschäftsleute und Industriellen der Türkei)
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UN	United Nations
US	United States
USA	United States of America
WEU	Westeuropäische Union
YÖK	Yükseköğretim Kurulu (Rat für Hohe Bildung)
YTP	Yeni Türkiye Partisi (Neue Türkei Partei)

---

## Tabellenverzeichnis

Tab. 3.1	Entwicklung des Außenhandels 1923–1927 . . . . .	64
Tab. 5.1	Relative sektorale Verteilung der konstanten Kapitalinvestitionen. . . . .	151
Tab. 5.2	Entwicklung des Außenhandels während des 1. Entwicklungsplanes. . . . .	154
Tab. 5.3	Entwicklung des Außenhandels während des 2. Entwicklungsplanes. . . . .	159
Tab. 5.4	Wahlergebnis Oktober 1973 . . . . .	190
Tab. 5.5	Wahlergebnis Oktober 1977 . . . . .	195
Tab. 5.6	Entwicklung des Außenhandels während des 3. Entwicklungsplanes. . . . .	207
Tab. 8.1	Leistungsbilanz relativ zum BIP . . . . .	381

# Wider den türkischen Staatsmythos – Europa als Klassenstrategie in der Türkei

# 1

## 1.1 Wer soll die Türkei jetzt nach Europa führen?

„Geprägt durch die Erfahrung des Gewinns der Demokratie, beobachte ich mit besonderer Sorge, wenn es irgendwo Tendenzen gibt, den Rechtsstaat und die in vielen Ländern erprobte Gewaltenteilung zu beschränken. So frage ich mich heute und hier, ob die Unabhängigkeit der Justiz noch gesichert ist, wenn eine Regierung unliebsame Staatsanwälte und Polizisten in großer Zahl versetzt und sie so daran hindert, Missstände ohne Ansehen der Person aufzudecken. Oder wenn sie danach trachtet, Urteile in ihrem Sinn zu beeinflussen oder umgekehrt ihr unwillkommene Urteile zu umgehen.“

Eine demokratische Türkei, verbunden mit den europäischen Werten einer freiheitlichen Demokratie, kann eine dauerhaft stabile Ordnung errichten, die Modellcharakter für die Nachbarländer und den ganzen arabischen Raum besitzt“ (Gauck, 2014).

Diese Mahnung des Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland, Joachim Gauck, an die türkische Regierung während seines Staatsbesuches im Frühling 2014 steht für einen Wandel im Diskurs: Das einstige Role-Model für eine ganze Region hat sich nunmehr Kritik zu stellen – bis 2013 hatten sich primär die Kritiker\_innen des Role-Modells für ihre Kritik zu rechtfertigen. Es hat ferner den Anschein, als sei ‚den‘ europäischen Eliten ihr historisches Subjekt abhandengekommen. Im Sommer 2013 hatten bei den Gezi-Protesten Millionen Menschen nicht nur gegen die staatliche Forcierung neoliberaler Stadtpolitiken und Konsumtionsmuster, sondern gegen den gesamten Nexus von kapitalistischer Durchrationalisierung, nationalistisch-religiöser Identitätspolitik und staatlich forciertem Konfessionalisierung revoltiert. In dieser Revolte hatten sich in der Türkei lokal stets vorhandene, aber bislang unverbundene Widerstände verdichtet und waren für die Weltöffentlichkeit sichtbar geworden. Das Gros der Eliten in den Staaten der Europäischen Union (EU) zeigte sich davon völlig überrascht – hatte

die Türkei doch einen Prozess rasanten Wirtschaftswachstums und politischer Reformen erlebt, waren doch neue religiöse Mittelschichten als Träger\_innen der türkischen Demokratie ausgemacht worden und hatten sich diese doch ihre politische Repräsentanz geschaffen. So war den europäischen Eliten bis zur brutalen Niederschlagung der Revolte relativ klar gewesen, wer die Türkei nach Europa und damit selbstredend zur Demokratie führen sollte: Die häufig als „moderat-islamisch“, oft als „islamisch-konservativ“ oder nicht selten als „muslimisch-demokratisch“ titulierte AKP (Adalet ve Kalkınma Partisi – Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung). Weitere Umschreibungen dieser Art ließen sich mühelos nennen, obgleich seit den späten 2000er Jahren von mehr und mehr Akteur\_innen eine Verlangsamung des EU-Reformprozesses beklagt wurde (exemplarisch: Unabhängige Türkei-Kommission, 2009, 7). Diese „Verlangsamung“ störte aber das Gros der Akteur\_innen nicht weiter, denn ein Beitritt der Türkei zur EU galt den Bevölkerungen Mitgliedsstaaten als schwer vermittelbar – enge wie institutionalisierte Beziehungen waren wichtiger und bildeten den kleinsten gemeinsamen Nenner. Summa summarum blieb die Türkei unter Regierung der AKP im westlichen Elitendiskurs weiterhin *das* Land, das ein „Twinning of Islam and Democracy“ betrieb (Barkey, 2008, 34). Trotz Kritik an einzelnen Aspekten, wie zum Beispiel Korruption, wurde die Politik der AKP-Regierung in führenden europäischen Medien in einer Terminologie eines Diskurses vermessen, der sich während der ersten Legislaturperiode der AKP herausgebildet hatte. Kaum jemand brachte diese prägnanter auf den Punkt, als der Türkei-Korrespondent der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ), Rainer Hermann:

„Über Jahrzehnte waren der Staat und der von ihm ernannte Apparat mächtiger als die gewählte Regierung und die Gesellschaft. In den Jahren von 1997 bis 2007 änderte sich das. Die Türkei ist freier geworden und demokratischer, ihre Gesellschaft bricht aus dem Korsett der Staatsideologie aus. Im Inneren des Landes, in Anatolien, setzte das Aufbegehren gegen diese Ideologie ein. Zu lange hatte sie den Türken verwehrt, sich in ihrer pluralistischen Vielfalt zu zeigen. Ein Katalysator für den Reformprozess, der anließ, war diese aufgestaute Desillusionierung über einen ideologisch verkrusteten Staat. Zum zweiten Katalysator des Reformprozesses wurden die Mitgliedsperspektive in der EU und die Kopenhagenaufnahmekriterien. Sie gaben dem Reformprozess eine Richtung, für die Parlamente und Regierungen wurden sie zur Gebrauchsanweisung für den Wandel. Die Reformen mussten aber gegen Widerstand durchgesetzt werden, immer wieder gab es Rückschläge“ (Hermann, 2008, 12).

„Rückschläge“ auf dem Weg der „Normalisierung der Demokratie in der Türkei“ (vgl. Insel, 2003) wurden zumeist auf das Wirken der „alten autoritären Staatseliten“ zurückgeführt, welche die Reformen der demokratisch gewählten Repräsentanz des türkischen Volkes torpedierten und sich so der „demokratischen

Normalisierung“ in den Weg stellten. Obgleich Reformen, wie Verfassungsänderungen von 2010 in der Türkei nicht zuletzt als ein Eingriff in die Gewaltenteilung diskutiert wurden, fanden sie international eine geradezu überwältigende Unterstützung. So war sich der Generalsekretär des Europarates Thorbjørn Jagland sicher, das „*die Annahme der Verfassungsreform (...) einen wichtigen Schritt voran zu europäischen Standards und Praktiken*“ darstellte (*Hürriyet Daily News*, 13.09.2010). Auch die türkische Wirtschaftsentwicklung wurde weiterhin als ein singulärer Boom gewürdigt. Wenngleich die Perspektiven vor dem Hintergrund der globalen Krise und den hohen türkischen Leistungsbilanzdefiziten nun deutlich kritischer gesehen wurden, blieb die Bewertung insgesamt positiv (exemplarisch: Şimşek, 2012<sup>1</sup>). Die ökologischen Probleme, die mit dem türkischen Wirtschaftswachstum einhergingen fanden allenfalls ein Nischenpublikum und selbst Linke konnten sich zum Teil für die Sozialpolitik der AKP-Regierung begeistern, die sie als Bruch mit den korrupten und neoliberalen Praxen ihrer Vorgänger\_innen ansahen. Dass die Bonität der Republik Türkei gerade aufgrund ihrer Selbstverpflichtung gegenüber dem Post-Washington-Konsensus von internationalen Ratingagenturen noch bis 2012 in ihrer Bewertung angehoben wurde (vgl. Expansion, Online), spielte zuweilen kaum eine Rolle. Einzelne klientelistisch-populistische Politiken wurden so dekontextualisiert wahrgenommen, wodurch die strikte Fortführung, ja Radikalisierung des neoliberalen Paradigmas ausgeblendet wurde.

Die vielen verschiedenen Strömungen der türkischen und kurdischen Opposition, die den schon seit der zweiten Legislaturperiode (von Sommer 2007 an) anwachsenden Autoritarismus der AKP-Regierung anklagten, wurden in den europäischen Öffentlichkeiten in der Regel nicht zur Kenntnis genommen oder stereotypisiert. Gerade in der akademischen Wissensproduktion wurde ein post-kemalistischer Diskurs wirkmächtig, der linksoppositionellen Bewegungen zuweilen modernistische Ressentiments gegenüber einer Regierung unterstellte, die ihre Wurzeln in der „islamischen Bewegung“ habe und so das einfache Volk repräsentiere. Die politische Linke in der Türkei wurde nicht selten zu einem Teil

---

<sup>1</sup>Für die vollständigen Referenzen aller Quellen die im Internet eingesehen wurden, siehe Literaturverzeichnis. Für Zitate beziehungsweise für zitierte Begriffe verwendet diese Arbeit doppelte Anführungszeichen. Daneben finden einfache Anführungszeichen ihre Verwendung. Letzte verweisen nicht auf Zitate, sondern auf die spezifische Begriffe eines Diskurses von dem sich der Autor dieser Zeilen distanziert. Kursivsetzungen im Text dienen der Hervorhebung besonderer Sinnzusammenhänge, ebenso finden sie Verwendung für die Eigenamen von Medienorganen oder offiziellen Dokumenten.

des Establishments umdeklariert, während religiöse Identität als Expression von Subalternität und Pluralität schlechthin interpretiert wurde (exemplarisch: Göle, 1995).

Wenn auch nicht immer in jener Radikalität wie bei Göle, so waren in den 2000er Jahren derartige Deutungsmuster innerhalb einer gebildeten links-liberalen bis liberalen Öffentlichkeit en vogue. Zu den gegenüber muslimischen Migrant\_innen in westlichen Gesellschaften verbreiteten Ressentiments und kulturrassistischen Stereotypen, stellten allerdings nur einen scheinbaren Gegensatz dar – basierten sie im Kern doch selbst auf einer orientalistischen Stereotypisierung, die nur eben positiv Bezug auf das *Andere* nahm, es aber nicht kategorial hinterfragte. Nicht zufällig rechneten nicht wenige Konservative der AKP ihre „Versöhnung von Islam mit Marktwirtschaft und Moderne“ hoch an – wie zum Beispiel der Tenor der Berichterstattung der FAZ klar indizierte. Postmodernistische Linke und bildungsbürgerliche Konservative wiesen, wenn es um die AKP ging, zuweilen beträchtliche Schnittmengen auf. Die brutale Niederschlagung der Revolte in der Türkei im Juni und Juli 2013 forderte derartige Perzeptionen allerdings brachial heraus und beförderte ihre Revision. Die AKP-Regierung taugt seither nicht mehr als Fläche für liberaldemokratische oder postmodernistische Projektionen und politische Konzessionen an sie sind nur noch schwer vermittelbar. Allenfalls noch aus realpolitischer Opportunität – manche würden sagen „Vernunft“ – heraus stellt sie eine „politische Partnerin“ für die Realisierung eigener Interessen dar. Diese Vernunft gebietet es inzwischen auch, sie als Partei nicht mehr beim Namen zu nennen, sondern der Sicherheit halber Umschreibungen zu wählen, welche die Grundelemente der Kritik an der AKP stets mitaufnehmen – gerade dann, wenn Politiker, wie der ehemalige schwedische Außenminister Carl Bildt, um Verständnis für die türkische Regierung werben:

“One silver lining of the recent putsch is that, after years of division, it has united Turkey’s democratic political parties around the shared goal of defending democracy against future internal threats. The West’s lack of empathy for Turkey during this traumatic period has been astonishing; it can be in no Western country’s interest that Russian President Vladimir Putin was the first to meet with Erdoğan in the episode’s aftermath.

(...) Turkey is at a historical crossroads, but it is still too early to tell where the country is headed. If the previous trends toward polarization and authoritarianism continue, the country could eventually reach a breaking point. But if national unity, based on shared commitment to democracy, ultimately prevails, Turkey’s political climate will improve, allowing for a resumption of the Kurdish peace process, further progressive political reforms, and new hope for future integration with Europe” (Carl Bildt, 2016).

Mit dem Ausbruch einer schweren Wirtschafts- und Währungs Krise im Sommer 2018 wird die „Vernunft“ – trotz aller Krisenhaftigkeit der europäisch-türkischen Beziehungen – erneut zu einem zentralen Motiv. Es gilt nunmehr aufgrund der engen wirtschaftlichen Verflechtung die Krise einzuhegen und ihr Überspringen auf die europäischen Ökonomien zu verhindern. In wieweit dies gelingen wird ist fraglich, denn die Krise verweist auf lang tradierte strukturelle Schwächen des türkischen Wachstumsmodells. Diese entspringen nicht nur den jüngeren populistisch-expansiven Politiken der AKP, sondern mindestens ebenso dem Modus der peripheren Integration der Türkei in den euro-atlantischen Raum.

---

## **1.2 Es fehlt eine systematische Rekonstruktion der Türkei-EU-Beziehungen**

Der rasche Kollaps jenes Diskurses, der in der AKP einen „konservativ-demokratischen“ Antipoden des kemalistischen Establishments und eine Agentin gesellschaftlicher Transformation – hin zu Europa – durch und im Namen neuer religiöser Mittelschichten gesehen hat, wirft Fragen nach dessen Geltungskraft auf: Ist eine Erzählung, die quasi über Nacht implodierte, wirklich substantiell unterfüttert? Oder basiert sie nicht viel eher zu einem erheblichen Teil auf der Projektion eigener Befindlichkeiten, die sich an der Realität in der Türkei gebrochen haben? Es scheint mindestens zwei Wege zu geben, dieses Problem zu bearbeiten: Erstens den diskursanalytischen, er ist in besonderer Weise geeignet, die eigenen Befindlichkeiten und Konstruktionen von Projektionen zu ergründen. Zur Analyse der Verhältnisse in der Türkei trägt dieses Vorgehen gleichwohl wenig bei – eher leistet sie einen mittelbaren Beitrag zur Reformulierung unserer erkenntnistheoretischen Grundannahmen. Der zweite Weg ist die Analyse der Verhältnisse und Akteur\_innen in der Türkei. Eine solche Analyse bedarf, wenn sie nicht die alte, kollabierte Erzählung in modifizierter Form reproduzieren möchte, jedoch alternativer Grundannahmen. Der Vorteil dieser zweiten Variante kann darin liegen, eine alternative Erzählung für die gesellschaftlichen Verhältnisse und Prozesse in der Türkei zu liefern und dem deutschen Diskurs bislang verborgenes sowie wenig beachtetes Wissen verfügbar zu machen. Diese Arbeit geht den zweiten Weg und liefert ein Deutungsangebot über die Motive türkischer Akteur\_innen gegenüber der EU. Sie kann dabei bereits mit alternativen Annahmen arbeiten, denn zumindest in der Türkei hat es stets einen Gegendiskurs gegeben, der nur eben jahrzehntelang der deutschen Öffentlichkeit verborgen geblieben ist. Alternative Annahmen zur Untersuchung der Motive existieren also bereits.

Bereits Elif Uzgören (2012, 20 ff.) kritisiert die Dominanz intergouvernementalistischer Ansätze, die sich die EU-Türkei-Beziehungen aus einer „Europäisierungsperspektive“ heraus ansehen und dabei sowohl Strukturverhältnisse, wie auch den sozialen Gehalt, des türkischen EU-Projektes übersehen. Sie liefert erste Erkenntnisse über die strategische Bedeutung des türkischen EU-Projektes für türkische Klassenakteur\_innen und fragt nach den sozialen Träger\_innen des türkischen EU-Projektes. Gerade im deutschsprachigen Raum klafft jedoch weiter eine große Forschungslücke, denn im Fokus der hiesigen wissenschaftlichen wie medialen Debatten standen bislang vor allem die Interessen europäischer Akteur\_innen an der Türkei. Vor allem in den 2000er Jahren wurde eine heftigen Pro- und Contra-Debatte über einen Beitritt der Türkei geführt und zwar zumeist um kulturell-identitäre, migrationspolitische oder um sicherheitspolitische Fragen. Diese Auseinandersetzungen brachten einen eigenen Strang diskursanalytischer Publikationen hervor, die der Frage nachgehen, was in den Debatten um einen Beitritt der Türkei unausgesprochen verhandelt wird – zum Beispiel die unterschiedlichen europäischen Selbstidentifikationen, wie Jochen Walter (2008) betont. Die in dieser Monografie verfolgte Fragestellung ist eine gänzlich andere: Sie ergründet, welche Interessen politische Akteur\_innen in der Türkei in Gestalt ihrer Politik der Verrechtlichung der Beziehungen zu Europa beziehungsweise zur EU verfolgen, die landläufig als Bestreben eines türkischen EU-Beitritt wahrgenommen werden. Das Stellen dieser Frage bildet eine wichtige Voraussetzung, um nicht die Hypothese unhinterfragt zu verinnerlichen, demnach die EU eine wichtige Akteurin bei die Etablierung von Demokratie und Grundrechten in der Türkei darstellt.

Eben diese Grundannahme bildet das Rückgrat zahlreicher Hypothesen zur Wirksamkeit demokratischer Konditionalität gegenüber Türkei aber auch anderen Staaten, die der EU beitreten wollen (exemplarisch: Schimmelfennig, 2008). Gemäß des Prinzips der demokratischen Konditionalität können Staaten nur dann der EU beitreten, wenn sie über demokratische Normen, Institutionen und Praxen verfügen oder diese im Rahmen des Beitrittsprozesses einführen. Als maßgeblich gelten dafür die sogenannten Kopenhagener Kriterien, die der Europäische Rat 1993 im Vorfeld der EU-Osterweiterung beschlossen hatte, beziehungsweise Folgevereinbarungen, die im Wesentlichen auf diesen Kriterien beruhen. Nur ein kleiner, aber prominent zitierter, Teil dieser Kriterien beschäftigt sich dabei mit Grundrechten oder demokratischen Institutionen (vgl. Europäischer Rat, 1993). Mehrheitlich widmen sie sich der Regulierung der Ökonomie, wobei der beitretende Staat keinen Einfluss auf die Ausgestaltung der Kriterien hat. So stützen sich die Erwartungen an das Prinzip der demokratischen Konditionalität auf relativ kurze auf dem Zusammenhang extrahierte Passagen, die zudem



ausblenden, dass durch den Beitrittsprozess erhebliche Teile der ökonomischen Regulation den parlamentarischen Prozessen entzogen werden, noch ehe ein Staat beitrifft. Dies wiegt bei Staaten mit ungewisser Perspektive, wie der Türkei, besonders schwer. So sollten schon bei oberflächlicher Betrachtung erste Zweifel bestehen, ob demokratische Konditionalität zwangsläufig Demokratisierung meint. Allerdings spielt die EU nicht nur eine Rolle bei der Implementierung von Recht beziehungsweise des *Aquis Communautaire* – des gemeinsamen (rechtlichen) Besitzstandes – der Union in den Beitrittsstaaten, sondern auch bei der Überwachung bereits geltender Grundrechte. Beispielsweise wird die direkte oder (häufiger noch) indirekte Rolle der EU beim Vor-Ort-Monitoring von Menschenrechtsstandards hervorgehoben; eine wichtige Aufgabe nimmt sie auch in der Finanzierung von zivilgesellschaftlichen Initiativen und Projekten in der Türkei. Zugleich ist die Rolle der EU keine unproblematische, insofern sie sich in Gestalt einer „abhängigen Transnationalisierung“ (Trogisch, 2014, 50) vollzieht und gleichzeitig der AKP-Regierung einen großen Einfluss auf die Vergabe der Gelder gewährt (vgl. ebd., 59 f.). Die Beziehung zwischen der AKP-Regierung und der EU scheint insgesamt keine konfliktfreie, wohl aber eine symbiotische zu sein.

Besonders offenkundig wird dies in Krisensituationen: Während der Niederschlagung der Juni-Revolution und auch in den sechs Monaten bis zum Dezember 2013 wurde die EU kaum initiativ, obwohl damals die Möglichkeit bestand, konkreten Druck auf die türkische Regierung auszuüben – lediglich die Eröffnung eines Beitrittskapitels wurde damals symbolisch um wenige Monate verschoben. Der im Oktober 2013 erschienene *Türkei-Fortschrittsbericht* der EU-Kommission wusste gar insgesamt Fortschritte bei der Entwicklung von Demokratie und Grundrechten zu berichten (vgl. kritisch Gehring, 2013a). Erst nach dem Bruch zwischen der AKP und der Gülen-Bewegung, also einem Konflikt innerhalb der türkischen Eliten, trat die EU stärker in Erscheinung (vgl. ders., 2014b). Dieses selektive Vorgehen wirft Fragen nach der Glaubwürdigkeit einer umfassenden und nicht bloß partikularen Demokratisierungsperspektive im Rahmen demokratischer Konditionalität auf. Gerade die Gezi-Protestbewegung stellte diese Fragen, indem sie in ihrem Wirken eine antiautoritäre mit einer anti-neoliberalen Dimension verband (vgl. ders., 2013a). Die Revolution des Sommers 2013 zwingt somit dazu, sich stärker der politökonomischen Dimension Türkei-EU-Beziehungen zu widmen. Dies gilt insbesondere im Anbetracht der seit 2007 andauernden verschärften Krise des europäischen Neoliberalismus, die zu einer Stärkung der nationalen Exekutiven und der nur schwach kontrollierten supranationalen Entscheidungsgremien in der EU selbst führte und Tendenzen hin zu neuen Formen autoritärer Staatlichkeit sichtbar werden ließ (vgl. Kannankulam, 2008). Darüber hinaus verschränkte das Gros der zwischen Türkei und der EU

geschlossenen Verträge, insbesondere die für den Beitrittsprozess wichtigen Kriterien von Kopenhagen, den Rekurs auf Grundrechte programmatisch mit der Neoliberalisierung der Ökonomie. Durch diese Kodifizierung eines neoliberalen türkischen Wirtschaftsregimes auf internationaler und supranationaler Ebene, wird die Einflussnahme potenzieller oppositioneller Akteur\_innen und letztlich die Ausübung demokratischer Grundrechte erschwert (vgl. Yalman, 2008, 138 f.). Kritisch ist das Prinzip der politischen Konditionalität insofern zu betrachten, als es die Verteidigung der neoliberalen Ordnung impliziert. Abweichungen von ebendieser Ordnung bedeuten einen Bruch mit dem *Aquis Communitaire*. In der Türkei wurde eine neoliberale Transformation ab 1980 auf dem Wege des Militärputsches durchgesetzt.

Es ist daher festzuhalten: Schon aufgrund ihrer Binnenverfassung und ihres Handelns während konkreter Krisen kann die EU *nicht per se* als Motor einer Demokratisierung der Türkei betrachtet werden. Die verbreitete Prämisse von der EU als zentrale Akteurin der Verbreitung von Demokratie und Grundrechten lässt darüber hinaus die Frage nach den Motivationen türkischer Akteur\_innen mehr oder minder unberücksichtigt. Nicht immer steht das Motiv im Vordergrund, das im medialen Diskurs besonders popularisiert wird. Im Falle der formell zum EU-Beitrittsprojekt kodifizierten Türkei-EU-Beziehungen wird dies besonders augenfällig. Türkische zivilgesellschaftliche Akteur\_innen und Parteien betonten besonders prominent die Rolle der EU bei der Verbesserung von politischen Freiheiten und Menschenrechten. Das Gros der Verträge zwischen der Türkei und der EU kodifiziert jedoch nicht etwa Grundrechte, sondern schlicht die Regulation der Ökonomie. Daraus allein kann auf der Akteur\_innenebene aber keine Subordination des Politischen in den Türkei-EU-Beziehungen unter das Ökonomische abgeleitet werden. Vielmehr gilt es die Beziehungen des Ökonomischen und des Nicht-Ökonomischen grundlegender zu theoretisieren – ihr Artikulationsverhältnis zu bestimmen. Denn diese sind nicht voneinander ableitbar, aber miteinander artikuliert. Der Weg zur Analyse der EU-Türkei Beziehungen führt damit notwendig durch das Dickicht der verschiedenen mit einander konkurrierenden Strategien und motivierenden Erzählungen (vgl. Bieling/Steinhilber, 2000). Die zentrale Frage dieser Dissertation lautet: Wie ist das Projekt der europäischen Integration im Kontext der Interessen türkischer Klassen- und klassenrelevanter Akteur\_innen zu verorten? Vor allem die Akteur\_innen des Blocks an der Macht bilden dabei die zentralen Subjekte der Untersuchung.

### 1.3 Akteur\_innen im Lichte von gramscianischer Hegemonie- und materialistischer Staatstheorie

Die Frage wird jedoch nicht durch eine Befragung der Akteur\_innen nach ihren Motivation beantwortet, sondern bildet vielmehr den Ausgangspunkt für eine stärker hegemonie-, regulations- und staatstheoretische Formulierung des Forschungsgegenstands dieser Arbeit. Denn es gilt: Die Strategien der Akteur\_innen konstituieren sich vor dem Hintergrund ihrer konkreten Interessen, vorgefundener Kräfteverhältnisse, sedimentierten Wissens und Überzeugungen. Dabei muss dieser Vorgang nicht notwendigerweise ein bewusster Vorgang sein – die Komplexität der Situationen und Konstellationen kann rasch den Erfahrungs- und Handlungshorizont der Akteur\_innen überschreiten. Die Analyse der Strategien der Akteur\_innen setzt daher – so denn sie mehr sein möchte als eine Reproduktion der Kategorien, in denen sich die Akteure über ihre Interessen bewusst werden – eine Analyse eben dieser vorgefundenen Umstände voraus. Die Interessen von Klassenakteur\_innen gegenüber dem Staat als regulativen Rahmen konstituieren sich in einer kapitalistischen Gesellschaft dabei wesentlich aus Problemen, die der Dynamik des kapitalistischen Akkumulationsprozesses entspringen. Dieser wiederum wesentlich beruht auf Rechtsverhältnissen, die vom Staat letztinstanzlich durchgesetzt werden, womit Ökonomie und Staat trotz ihrer institutionellen Separation einander nicht äußerlich sind, sondern ein gegenseitiges Bedingungsverhältnis konstituieren. Insofern die führenden Klassen selbst fraktioniert sind und verschiedene, oft mit einander konkurrierende, Interessen verfolgen, werden die Interessen von Klassenakteur\_innen niemals in Reinform umgesetzt, sondern sind das Ergebnis der Austragung komplexer Kämpfe. Diese verweisen nicht zuletzt auf die grundsätzlich antagonistische Beschaffenheit von Klassengesellschaften, zu deren Aufrechterhaltung es zumindest die Zustimmung eines Gros der Subalternen bedarf. Hegemonie ist ein solcher umkämpfter „*Prozess der Verallgemeinerung von Interessen in einem instabilen Kompromissgleichgewicht*“ (Demirović, 1992, 143). Populärer Konsens für verallgemeinerte und damit herrschende Interessen sollte dabei nicht mit Harmonie verwechselt werden, denn Hegemonie ist mit Zwang abgesichert. Dieser Zwang wird letztinstanzlich durch Staatsapparate hergestellt zu denen im weiteren Sinne auch scheinbar private Institutionen, wie die Familie, zählen (Althusser, 1977). Der Staat im engeren Sinne wird nicht nur wegen seiner Rolle, Zwang gegenüber sich widersetzenden Subalternen auszuüben, sondern auch aufgrund seiner Fähigkeit gegen einzelne Angehörige und Fraktionen der herrschenden Klassen in

die Sphäre der Distribution einzugreifen, Rechtsgleichheit zu gewährleisten und identitär-ideologischen Zusammenhalt herzustellen, zum Fokuspunkt gesellschaftlicher Kräfte, die um Hegemonie kämpfen. Zum Verständnis dessen stellt das zweite Kapitel zentrale erkenntnistheoretische Grundannahmen vor und führt in begriffliche Konzepte der materialistischen Staatstheorie, der gramscianischen Hegemonietheorie sowie der Kritik der politischen Ökonomie ein. Schließlich werden diese Konzept in den daran anschließenden Kapiteln am Forschungsgegenstand entfaltet.

Wie bereits dargelegt, ist der Forschungsgegenstand notwendigerweise weiter gefasst, als die Ausgangsfrage, wie das Projekt der europäischen Integration im Kontext der Interessen türkischer Klassen- und klassenrelevanter Akteur\_innen zu verorten ist. Es geht dieser Arbeit um die Rekonstruktion der sozioökonomischen Formation und der politisch-institutionellen Formen in welchen Klassen- und klassenrelevante Akteur\_innen in der Türkei handeln. Dies schließt auch Interessen jenseits des unmittelbar Ökonomischen ausdrücklich mit ein, denn der Kampf um das Ökonomische vollzieht sich als ein Ringen um Hegemonie, die sich nicht zuletzt in Gestalt der Verfolgung komplexer artikulationsfähiger Projekte konstituiert. Die identitären und ideologischen Formen, die eine relative Autonomie von den Interessen der Akteur\_innen haben, sind damit ein genuiner Part des Forschungsgegenstandes, dies gilt nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der starken identitären und ideologischen Aufladung des EU-Beitrittsprojektes. Wenn auch primär angetrieben von türkischer Akteur\_innen, die versuchen, es im Rahmen ihrer Strategien zu nutzen, so reagiert das türkische EU-Beitrittsprojekt auf den Prozess der europäischen Integration. Dieser Prozess hat sich in Gestalt einer Übertragung von bis dahin den Nationalstaaten vorbehaltenen Funktionen auf die Institutionen der nach dem Zweiten Weltkrieg begründeten transatlantischen (Klassen-)Ordnung vollzogen (vgl. Cox, 1987, 211 ff.). Die Errichtung eigener intergouvermentaler und supranationaler europäischer Strukturen folgte dem auf den Fuß und war mit der Errichtung der transatlantischen Ordnung verschränkt, sie begründete das, was im eigentlichen Sinne unter europäischer Integration verstanden wird. Europäische und amerikanische Klassenakteur\_innen waren daran in den zurückliegenden Dekaden maßgeblich beteiligt, wie die Vertreter\_innen kritischer integrationstheoretischer Ansätze betonen (vgl. exemplarisch: Mandel, 1967; Poulantzas, 1974; Ziltener, 1999; van Apeldoorn, 2000; Overbeek, 2000; Plehwe, 2000; Schulten, 2000; Bohle, 2002). Damit entstanden sukzessive Strukturen ‚über‘ den Nationalstaaten, die selbst Staatsfunktionen übernahmen – die teilweise auch *Verdichtungen zweiter Ordnung* waren (zum Konzept vgl. Brand et al., 2007). Gleich ob in herrschender oder in subalterner Position: Die türkischen Klassenakteur\_innen und klassenrelevanten Akteur\_innen sind selbst Teil der transatlantisch-europäischen Ordnung. Eine Beteiligung an der Gestaltung

ihres spezifischen Integrationsmodus in diese Ordnung ist für sie von hoher Bedeutung. Denn nicht nur die Dynamik des Akkumulationsprozesses, sondern auch die Beschaffenheit dieser Ordnung konstituiert die „Rahmenbedingungen“ ihres Handelns.

Nicht die korporativen Interessen oder die auf eingegrenzte Politikfelder bezogenen Strategien türkischer (Klassen-)Akteur\_innen, sondern vor allem die Strategien, die auf die Regulierung der (Klassen-)Ordnung als solche zielen, sind hier von besonderem Interesse. Gerade der innertürkische politisch-gesellschaftliche Prozess, auf dessen Grundlage diese Strategien formuliert werden, bildet damit den Kern dieser Arbeit. Eine solche Arbeit kommt dabei nicht umhin, Kämpfe um Hegemonie im Staat in ihrer Breite abzubilden, wenn sie das Interesse der Akteur\_innen an der europäischen Integration nicht aus ihren Kontext reißen möchte.

Die Sphäre der Wissensproduktion stellt keine von der Gesellschaft und von gesellschaftlichen Machtverhältnissen separierte Entität dar, sondern existiert vielmehr in enger Artikulation mit ebendiesen Verhältnissen und ist von ihnen durchzogen. Wie Cox argumentiert, wird Theorie „*immer für und für irgendeine Absicht verfasst. Alle Theorien haben eine Perspektive*“ (Cox, 1998, 31). Dies gilt auch für die bestehende Wissensproduktion über die Türkei. Auch wenn erste Studien über die politische Ökonomie des Neoliberalisierungsprozesses in der Türkei in deutscher Sprache vorliegen (zum Beispiel von Roy Karadağ, 2010; Errol Babacan, 2012; oder İlker Ataç, 2013) so gilt im Grunde noch immer: „*Im Gegensatz zur türkischen Debatte findet in der deutschen Debatte die enge Beziehung zwischen dem EU-Beitritts-Projekt der Türkei und dem fort-dauernden Neoliberalisierungsprozess kaum Beachtung*“ (Gehring, 2013a, 13). Neoliberalismus bleibt unter dem Gros der Wissensschaffenden unhinterfragt, obwohl zwischen Brüssel und Ankara bereits 1963 ein Assoziierungsabkommen geschlossen worden war, das neben einer vagen Beitrittsperspektive vor allem die schrittweise Errichtung einer gemeinsamen Zollunion beinhaltete (vgl. Gehring, 2013a, 14). Es fehlt im deutschsprachigen Wissenschaftsraum eine systematische Rekonstruktion der politischen Ökonomie der Türkei-EU-Beziehungen aus Sicht türkischer Akteur\_innen. Debatten über Fragen der politischen Ökonomie der Türkei-EU-Beziehungen finden hauptsächlich in der Türkei oder unter türkeistämmigen Wissensschaffenden statt, dies gilt insbesondere für Ansätze, die epistemologisch und methodisch von der materialistischen Staatstheorie, der Regulationstheorie oder Antonio Gramscis Hegemonietheorie inspiriert sind. Dazu zählen Autor\_innen wie: Pınar Bedirhançolu, Galip Yalman, Hasret Dikici Bilgin oder Anıl Al-Rebholz. Der Ethnolog und Soziologe Cihan Tuğal konnte im Jahr 2009 durch seine Monographie *Passive Revolution. Absorbing the Islamic Challenge to Capitalism* eine gewisse Aufmerksamkeit erzielen – letztere stellt jedoch eine Ausnahme dar.

Insgesamt gilt jedoch auch für die Türkei, dass die diskursive und institutionelle Marginalisierung marxistisch inspirierter Ansätze auf dem Feld der politischen Ökonomie weit fortgeschritten ist – mit allen Implikationen, die dies für die Entwicklung von (materialistischer) Staats- und Hegemonietheorie hat. Hegemonie und Staat werden jenseits der wenigen marxistischen Analysen zwar analysiert und theoretisiert, der Feldzusammenhang zum Ökonomischen geht dabei aber verloren oder wird über Dichotomien hergestellt, die im Wesentlichen eine ontologische Setzung der Trennung von Öffentlich und Privat zur Grundlage haben; die in ihrer heute existierenden Form mit der Konstitution der bürgerlich-liberalen Gesellschaft entstanden ist. In diesem Sinne wird auch in den türkischen Debatten der Diskurs über den türkischen Staat wesentlich von liberalen Arbeiten bestimmt, die das Verhältnis von Staat und Ökonomie sowie von Staat und (Zivil-)Gesellschaft als dichotom voneinander getrennte Entitäten, nicht aber als gegenseitig konstituierende Bedingungsverhältnisse von eigener Dichte begreifen. Eine solche erkenntnistheoretische Selbstbeschränkung verunmöglicht eine grundlegende Infragestellung dieser Verhältnisse:

„Bei den dichotomen Modellen Zivilgesellschaft vs. Staat (Zivilgesellschaft als Sphäre der demokratischen gesellschaftlichen Kräfte gegenüber einem autoritären/repressiven türkischen Staat) liegt vor allem eine ahistorische Konzeptionalisierung des Verhältnisses der beiden Sphären zugrunde. Solche Modelle hindern uns daran, die sozialen Konflikte und Spaltungen, die Machtverhältnisse und deren historische Bedingtheit sowohl Konflikte und Spaltungen, die Machtverhältnisse und deren historische Bedingtheit sowohl in der zivilgesellschaftlichen als auch in der staatlichen Sphäre zu begreifen“ (Al-Rebholz, 2012, 375).

---

## 1.4 Wider den türkischen Staatsmythos

Diese strikte analytische wie ontologische Trennung zwischen Staat und (Zivil-)Gesellschaft, zwischen Staat und Ökonomie, zwischen Öffentlich und Privat, erweist sich dabei teilweise auch als eine Gemeinsamkeit von Ansätzen, die sich selbst als kritisch verstehen. Prominente Ansätze in diesem Sinne entwickelten etwa der Soziologe und Historiker Şerif Mardin, die Soziologin und Politökonomin Ayşe Buğra, der Politologe Metin Hepar, der historisch arbeitende Politökonom und Soziologe Çağlar Keyder, die Soziologin Nilüfer Göle, aber auch der Literaturwissenschaftler und öffentliche Intellektuelle Murat Belge. Obgleich ihre Beiträge von der internationalen akademischen Öffentlichkeit lange Jahre als kritische bis gegenhegemoniale Wissensproduktion über die Türkei wahrgenommen wurden, werden ihren zentrale Postulate und erkenntnistheoretischen